

Pressemitteilung

Immomat des ZIA und der IZ: Immobilienwirtschaft bemängelt hohe Grunderwerbsteuer in Deutschland

- **Bereits 2.690 Ergebnisse bei Immomat**
- **73,6 Prozent für Senkung der Grunderwerbsteuer**
- **72,9 Prozent für bundeseinheitliche Musterbauordnung**
- **70,5 Prozent für Erhöhung der linearen Abschreibung**

Berlin, 25.08.2017 – 73,6 Prozent der Teilnehmer des „Immomat“ wünschen sich, dass die Bundesländer die Grunderwerbsteuer auf ein bundesweit einheitliches Niveau bringen müssen, das deutlich unterhalb der heutigen Spitzenwerte liegt. Das ist ein Resultat des „Immomat“, dem Wahlhelfer für die Immobilienwirtschaft, den der ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss gemeinsam mit der Immobilien Zeitung entwickelt hat. Der Immomat enthält zahlreiche für die Immobilienwirtschaft relevante Aspekte und die Wahlforderungen der sechs größten Parteien in Deutschland (CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Die Linke, AfD) zu diesen Themenpunkten. Bislang liegen bereits 2.690 Ergebnisse (Stand: 22. August 2017) des Immomat vor, die vollständig anonymisiert ausgewertet wurden.

„Dieses Ergebnis spricht eine deutliche Sprache. Die Grunderwerbsteuer ist in Deutschland – auch im Vergleich zu unseren Nachbarländern – viel zu hoch. Das ist schon längst kein Geheimnis mehr und eine wichtige Hausaufgabe für die Politik in Bund und Ländern“, meint Klaus-Peter Hesse, Geschäftsführer des ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss. „Der Steuersatz der Grunderwerbsteuer, die seit dem Jahr 2006 der Gesetzgebungskompetenz der Länder unterliegt, wurde in den vergangenen Jahren stetig angehoben. Bestehende Ideen zur Förderung von Wohneigentum und zu weiteren Immobilieninvestitionen insbesondere in den Neubau werden durch die Grunderwerbsteuer konterkariert.“

Auch die unterschiedlichen Landesbauordnungen in Deutschland sehen viele Immo-
mat-Nutzer als Hindernis dafür, die angespannten Märkte in den Griff zu bekommen.
So ist mit 72,9 Prozent eine deutliche Mehrheit dafür, eine bundeseinheitliche Mus-
terbauordnung zu schaffen, die konkreter und verbindlich ist, um Investoren mehr
Sicherheit zu bieten und Projekte schneller zu realisieren. Ein Großteil der Umfrage-
teilnehmer ist auch der Meinung, dass das Anreizsystem an vielen Stellen besser
ausgestattet werden müsste. So halten 70,5 Prozent eine Erhöhung der linearen Ab-
schreibung für die Abnutzung von Gebäuden (lineare AfA) bei Wohnimmobilien von
zwei auf mindestens drei Prozent jährlich für sinnvoll, um neue Anreize für Investitio-
nen zu schaffen. 72,4 Prozent sehen auch in der steuerlichen Sonderabschreibung
für die energetische Gebäudesanierung ein wirksames Instrument. „Insgesamt sehen
wir einige klare Meinungen, die direkt aus der Branche kommen“, sagt Thomas Por-
ten, Chefredakteur der IZ. „Der Immomat gibt so einen sehr guten Einblick in die
Wünsche der immobilienwirtschaftlichen Akteure an die neue Regierung.“

Der „Immomat“ ist ein gemeinsam entwickeltes Projekt des ZIA und der Immobilien
Zeitung (IZ) anlässlich der Bundestagswahl am 24. September 2017. Die Teilnehmer
können anhand von 32 Fragen zu den Themenfeldern Stadtentwicklungs-, Woh-
nungs- und Bau-, Steuer-, Finanz-, Umwelt- sowie Wirtschaftspolitik und Digitalisie-
rung prüfen, welche Partei den eigenen Ansichten am ehesten entspricht. Sämtliche
Forderungen der wahlkämpfenden Parteien, die laut aktuellen Prognosen in den Bun-
destag einziehen werden (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen
und AfD), sind in den „Immomat“ mit eingeflossen. Dieser wird zum Wahltag ge-
schlossen.

Der Immomat ist verfügbar unter: www.immomat.net

Weitere Ergebnisse im Überblick:

„Starre Verkaufsflächenbegrenzungen für den stationären Einzelhandel müssen auf-
gelockert werden. Zudem sollten die kommunalen Sortimentsbeschränkungen für
den Handel regelmäßig überprüft bzw. abgeschafft werden.“

Zustimmung 50,1 Prozent

„Die Ladenöffnungszeiten sollten generell freigegeben werden, damit der stationäre Einzelhandel gegenüber dem Onlinehandel besser bestehen kann.“

Zustimmung 58,9 Prozent

Das Bestellerprinzip für Wohnungsmakler sollte nicht nur bei der Vermietung, sondern auch beim Verkauf zur Anwendung kommen.

Zustimmung 45,7 Prozent

„Die aktuellen baulichen Auflagen zum Klimaschutz sind ausreichend. Eine weitere Verschärfung ist nicht sinnvoll.“

Zustimmung 70,3 Prozent

„Der Staat sollte zur Verbesserung der CO₂-Bilanz von Gebäuden den Austausch von technischer Gebäudeausstattung (Heizkessel, usw.) fördern.“

Zustimmung 76,2 Prozent

„Zur Stärkung des ländlichen Raums muss die soziale Infrastruktur (Krankenhäuser, Nahversorgung, etc.) insbesondere in strukturschwachen Regionen durch den Staat ausgebaut werden.“

Zustimmung 60,6 Prozent

„Die Bedingungen für die Wohnimmobilienkreditvergabe in Deutschland sollten verschärft werden, um die Gefahr einer Preisblase gering zu halten.“

Ablehnung 51,9 Prozent

„Die Mietpreisbremse sollte verschärft werden, um Mietsteigerungen in angespannten Groß- und Universitätsstädten entgegenzuwirken.“

Ablehnung 64,3 Prozent

Die Immobilien Zeitung

Die Immobilien Zeitung (dfv Mediengruppe) zählt zu den führenden Fachzeitschriften für die Immobilienwirtschaft in Deutschland. Wöchentlich berichtet sie über das Geschehen auf dem Immobilienmarkt, bietet Informationen über aktuelle Preisentwicklungen, laufende Bauvorhaben sowie die Personen und Unternehmen, die dahinter stehen. Die Leser sind überwiegend Entscheidungsträger und stammen dabei aus nahezu allen Tätigkeitsfeldern der Branche.

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) gehört zu den bedeutendsten Interessenverbänden der Branche. Er versteht sich als Stimme der Immobilienwirtschaft und spricht mit seinen Mitgliedern, unter diesen mehr als 25 Verbände, für 37.000 Unternehmen der Branche. Der ZIA will der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung geben, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

Andy Dietrich

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Unter den Linden 42

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 17

E-Mail: andy.dietrich@zia-deutschland.de

Internet: www.zia-deutschland.de